

## Der Punkt, an dem Verzweiflung in Wut umschlägt

Welt, 02.09.2022, Frank Lübberding

<https://www.welt.de/kultur/plus240736309/Inflation-Wann-Verzweiflung-in-Wut-umschlaegt.html>

Noch sind die wirtschaftlichen Folgen der Energieknappheit kaum zu spüren – aber sie verändern bereits die Stimmung. Auf dem Spiel steht die Legitimation einer politischen Klasse, die in erster Linie für ihre eigene Zukunft sorgt. Ein Blick ins Jahr 1923 zeigt, was uns bevorstehen könnte.

In ihrer Verzweiflung kommen Politiker auf alle möglichen Ideen. So berichtete ein englischer Diplomat über einen bayerischen Gesetzentwurf zur Strafbarkeit der Völlerei. Dieser definierte einen Völlerer als „eine Person, die sich gewohnheitsmäßig den Tafelfreuden hingibt, und zwar in einem Maße, das angesichts der Nöte der Bevölkerung Missfallen erregen könnte“. Es drohten Geld- und Haftstrafen, allerdings fand sich dieser Gesetzentwurf später nicht im Strafgesetzbuch.

Der Vorschlag stammt auch nicht aus der um Ideen nie verlegenen Münchner Staatskanzlei von Markus Söder (CSU), vielmehr aus den frühen 1920er-Jahren. Diese Anekdote findet sich in „Das Ende des Geldes“, einem Buch des englischen Journalisten Adam Fergusson, erstmals erschienen im Jahr 1975. Es geht um die „Hyperinflation und ihre Folgen für die Menschen am Beispiel der Weimarer Republik“ – also jene historische Inflation, die bis 1923 weite Teile des deutschen Mittelstandes sozial vernichtete.

Die Inflation wurde im 20. Jahrhundert zum deutschen Trauma, schließlich verloren viele Deutsche später mit der Währungsreform von 1948 zum zweiten Mal ihre Ersparnisse. Ökonomisch blieb die Hyperinflation von 1923 trotzdem ein Rätsel, sie war schließlich kein unabwendbares Schicksal. In Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten gab es nach dem Kriegsende 1918 eine schwere Depression als Anpassungskrise, um die Kriegswirtschaft wieder auf den Friedenszustand umzustellen. Deutschland erlebte dagegen einen durch Inflationierung ausgelösten Nachkriegsboom, der die katastrophalen Folgen des Krieges in den ersten Jahren erfolgreich überdeckte. Später fand man allerdings keinen Ausweg aus einer Medikation, deren Nebenwirkungen die Gesellschaft zerstören sollten.

Dieses Ende wurde unausweichlich, als die Reichsregierung ab Januar 1923 die sozialen und wirtschaftlichen Kosten des politisch von allen für richtig gehaltenen passiven Widerstands gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes übernehmen musste. Erst die Reichsregierung unter dem Kanzler Gustav Stresemann beendete diesen politisch aussichtslosen Ruhrkampf im September 1923. Mit der anschließenden Währungsreform begannen die wenigen Jahre, die später als die Goldenen in Erinnerung geblieben sind.

### *Bürger als Untertanen*

Zumindest in Westdeutschland erleben wir nun schon 73 „goldene“ Jahre, wenn man die Gründung der Bundesrepublik als Ausgangspunkt nimmt. Die Erlebnisgeneration der Weimarer Zeit ist längst abgetreten und die historische Erfahrung mit ihr

vergessen worden. Dabei geben uns die vier deutschen Jahre zwischen 1919 und 1923 durchaus Hinweise auf unsere derzeitige Lage. Wieder ist wie 1914 eine Welt zusammengebrochen, die wenigstens in unseren Breiten bis 2019 zu schön war, um wahr zu sein. Wohlstand in Kombination mit einer steigenden Lebenserwartung in einer immer gesünderen Umwelt – das überforderte nicht zuletzt Teile der vom Leben verwöhnten jungen Generation, die sich mit mehr oder weniger ausgedachten Identitätsproblemen ihrer selbst vergewisserten. Solche Kulturkämpfe waren immerhin besser auszuhalten, als sich wie vor 1945 auf den Schlachtfeldern beweisen zu müssen.

Unser spätestens seit Frühjahr 2021 von jeder wissenschaftlichen Begründung befreiter Umgang mit einer respiratorischen Atemwegserkrankung erscheint mittlerweile als Signum für eine intellektuell verfettete Wohlstandsgesellschaft. Sie kann sich ökonomisch alles leisten, sogar die epidemiologischen Hirngespinnste eines Bundesgesundheitsministers mit seinem Gefolge in der politischen und medialen Klasse. Schon dort wurde umgesetzt, was noch vor hundert Jahren scheiterte. Einer Gesetzgebung gegen „Völlerei“ entsprechen heute Sanktionen beim Verstoß gegen Maskenpflichten. Das gilt aber nur, wenn die „Völlerei“ nicht im Regierungsflieger stattfindet. Die Strategie, sich bei Bedarf selbst einen Freifahrtschein auszustellen, ist bezeichnend für das gegenwärtige Selbstverständnis. Die Maske dient nicht dem Infektionsschutz, ansonsten hätten die Fluggäste sie freiwillig getragen. Vielmehr soll sie den Gehorsam des Bürgers ausdrücken, wirklich jeden Unsinn mitzumachen.

Insofern ließe sich der Straftatbestand der „Völlerei“ auch auf die Energiekrise anwenden. Der „Energievöllerei“ lässt sich jeder bezichtigen, der duscht, statt den Waschlappen zu nutzen. Es ist ein beliebig oft reproduzierbarer Vorwurf, der im Vergleich zum Gesetzentwurf vor hundert Jahren einen entscheidenden Vorteil hat: Damals sollte er die Gemüter der verarmten Bevölkerung beruhigen, die den Inflationsgewinnlern in ihrem Luxusleben zusehen musste. Heute kann jeder das Missfallen der politischen Klasse erregen. So blies in der Pandemie der als Satiriker firmierende Jan Böhmermann zur Hetzjagd auf Unschuldige, die mit ihren Kindern im Sauerland rodeln gehen wollten. Eine wissenschaftliche oder medizinische Begründung für das Rodelverbot gab es zu keinem Zeitpunkt, aber darum ging es nicht, sondern es sollte der Gehorsam des zum Untertanen entmündigten Bürgers erzwungen werden.

*„Die wissen nicht, was sie tun“*

Insofern sollte heute niemand erwarten, dass es der Politik um die Lösung der Energieknappheit gehen könnte. Dafür müsste als Voraussetzung das fehlende Erdgas durch andere Energiequellen substituiert werden. Sonne und Wind gehören nicht dazu, das weiß jeder mit einem Minimum an energiepolitischen Sachverstand: Die Versorgung mit preisgünstigem russischem Erdgas galt bekanntlich sogar als Voraussetzung für die Energiewende. Substituierung bedeutete das Aussetzen der Energiewende, die Rückkehr zur Atomenergie und die Fortsetzung der Kohleverstromung. Man kann es sich nicht mehr leisten, das knappe Erdgas für die Stromproduktion zu verwenden, um den Flatterstrom aus Sonne und Wind zu ersetzen. Weite Teile der Industrie und der Privathaushalte brauchen zudem eine bezahlbare Energieversorgung, ansonsten droht ihnen im kommenden Winter die

Zahlungsunfähigkeit. Das lässt sich nicht durch Einsparen erwirtschaften, außer man hält schon die bisher weltweit höchsten Strompreise für keinen Anreiz zum Energiesparen.

Das weiß jeder, trotzdem geschieht nichts. Weder gibt es mehr Erdgas, noch wird es substituiert. Stattdessen spricht der Bundeswirtschaftsminister über das Energiesparen beim Duschen, erlässt Verordnungen über die Verdunkelung in Kommunen, seine Parteifreunde empfehlen den Waschlappen und sprechen in Rätseln über den kommenden Winter. Es gäbe keine guten Entscheidungen, so Klaus Müller (Grüne) in seiner Funktion als Präsident der Bundesnetzagentur. Robert Habeck und seine Gehilfen konnten bisher noch nicht einmal das Problem richtig adressieren, so ist es kein Zufall, dass selbst eine als simple Umverteilungsmaßnahme zwischen Gaskunden gedachte Umlage nicht funktioniert: Steigende Preise für politisch verursachte Knappheit müssen bezahlt werden. Wenn anschließend Unternehmen und Haushalte zahlungsunfähig werden, ist das halt so.

Das sagt die Regierung zwar nicht, ist aber angesichts deren Tatenlosigkeit die zwangsläufige Konsequenz. Sie simuliert Politik, wenn sie mit einem Scheich in Katar oder einem Notstandsexperten in Kanada Abkommen über zukünftige Energielieferungen abschließt. In der Wirklichkeit versucht jeder seinen Energieverbrauch zu senken, um in den kommenden Monaten zahlungsfähig zu bleiben. Niemand braucht dafür die Belehrungen von Leuten, die ihren Lebensunterhalt schon immer aus staatlichen Zuwendungen bestritten haben. Dazu gehören nicht nur hauptberufliche Politiker, sondern auch Medienschaffende, Wissenschaftler und andere staatlich besoldete Aktivisten. In dem Teil der Bevölkerung, der noch eigenverantwortlich lebt, lässt sich dagegen eine tief sitzende Ungewissheit über die Zukunft feststellen. Das betrifft keine ferne Perspektive, deren vermeintlichen Schrecken sich Klimaaktivisten vom Bundeswirtschaftsministerium fördern lassen.

Es betrifft schon die Entwicklung in den kommenden Wochen, wo niemand mehr weiß, was geschehen wird. Die Beamten und anderen Staatsangestellten betrifft das erst einmal nicht, sie verlassen sich weiterhin auf den Staat. Die Ungewissheit betrifft die Gruppe, die diesen mit ihrer Leistungsbereitschaft finanziert. Etwa einen Selbstständigen ohne Angestellte und staatlich garantierte soziale Absicherung: Er könnte in seiner renovierten und teilweise vermieteten Altbau-Villa statt 8400 plötzlich 25.200 Euro Heizkosten für Wohnung und das im Haus befindliche Büro bezahlen müssen. Zusätzlich muss er sich von einer mit einem staatlichen Rundum-Sorglos-Paket ausgestatteten Klasse sagen lassen, er sei reich und müsste zugunsten vermeintlicher Geringverdiener höhere Steuern zahlen.

Diese Verachtung für den produktiven Teil der Gesellschaft war schon in der Pandemie zu beobachten, wo sich das sogenannte „Team Vorsicht“ fast ausnahmslos aus dieser Rundum-Sorglos-Klasse rekrutierte. Ähnliche Eindrücke lassen sich aus allen Berufsfeldern vernehmen, wenigstens wenn sie nicht direkt oder indirekt staatlich alimentiert werden. Etwa bei dem mittelständischen Unternehmer mit knapp zweihundert Beschäftigten, der über die handelnden Politiker nur noch feststellt: „Die wissen nicht, was sie tun.“ Zwar erstaunte ihn immer schon die kafkaesk anmutende Bürokratie in der Energiewende genannten

Subventionswirtschaft. Aber das konnte er sich angesichts der ansonsten guten Wirtschaftslage noch leisten. Mittlerweile fragt er sich aber, wie er das Gas als Prozesswärme substituieren kann. Wenn der Ofen sprichwörtlich ausgeht, was wird dann aus seinen Arbeitern und Angestellten? Wie sollen sie bei rasant gestiegenen Lebenshaltungskosten noch vom Kurzarbeitergeld leben? Am Ende „gibt man einen Haufen Geld aus und friert trotzdem“, so formulierte das der Selbstständige in seiner Altbau-Villa.

### *„Die Ethik wurde zersetzt“*

Dieser Satz bringt die Aussichtslosigkeit des gegenwärtigen Krisenmanagements zum Ausdruck. Es handelt sich von einer Krise zur nächsten und versorgt die Bürger mit wohlwollenden Ratschlägen aus der Rundum-Sorglos-Klasse. Etwa, die Vorauszahlungen für Strom und Gas rechtzeitig zu erhöhen. Für viele Unternehmen und Haushalte wäre das nichts anderes als die vorgezogene Insolvenz.

Rationaler wäre es, auf die Rechnung zu warten, um sie dann dem Staat zu präsentieren. Dieser wird nicht Millionen überschuldeter Haushalte aus ihren Wohnungen vertreiben können, egal wie die Bürger den Ukraine-Krieg beurteilen, wenn es ihnen an die Existenz geht. Die heute den Staat kontrollierende Klasse wird also wie 1923 die fehlenden Einkommen einfach durch neues Geld ersetzen. Natürlich muss niemand mehr mit Koffern die tägliche Löhnung abholen, das geschieht im bargeldlosen Zahlungsverkehr. Aber den Effekt hat schon Fergusson beschrieben. Es „verschwanden der Patriotismus, soziale Verpflichtungen und die Moral. Die Ethik wurde zersetzt. Die Bereitschaft, Regeln zu brechen, war auf allen Ebenen der Gesellschaft groß.“ Vor allem aber sei „die Unmöglichkeit, das festzuhalten und zu bewahren, was man besaß oder erspart hatte“, eine sehr reale Basis für die menschliche „Verzweiflung geworden, die schnell in Neid, Angst und Wut“ umgeschlagen sei.

Heute haben sehr viele sehr viel zu verlieren, und die werden sich nicht mit Phrasen abspeisen lassen, sei es über den gerechten Krieg oder den moralisch und ökologisch notwendigen Verzicht. Auf diese Idee sollte wirklich niemand kommen.